

Schulische Inklusion stößt auf großes Interesse

Weit über einhundert Gäste konnten der PARITÄTISCHE Kreisverband, die AG Barrierefreiheit und die Gesamtschwerbehindertenvertretung der Stadt am 10. Mai im Mannheimer Collini-Center zur Veranstaltung „Eine Schule für ALLE? – Inklusion in Baden-Württemberg“ mit dem Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer begrüßen.

Das große Interesse an der im Rahmen der jährlich am 5. Mai stattfindenden „Europäischen Protesttage zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ organisierten Veranstaltung zeigte sich auch an der lebhaften Diskussion, die dem engagierten Vortrag des Landesbehindertenbeauftragten folgte.

Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht-behinderter Kinder verpflichtend seien. Dieser Auftrag dürfe im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen von Gebietskörperschaften oder gesellschaftliche Gruppen nicht dazu führen, ein inklusives Bildungssystem auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Angesichts der bestehenden Vermögensschiefelage und der sozialen Ungleichheit in Deutschland, so sein Seitenhieb an die Politik, könne man auch das Argument nicht akzeptieren, dass zu wenig Geld für die Finanzierung solch wichtiger behinderten- und menschenrechtlicher Projekte wie der Inklusion vorhanden sei.

Auf die Landespolitik komme eine wichtige Aufgabe zu, und er äußerte sich optimistisch, dass er in seiner weisungsungebundenen Funktion als neuer Landesbehindertenbeauftragter vieles dazu beitragen kann. Eine inklusive Schule, die allen Kindern den gleichberechtigten wohnortnahen Schulbesuch ermöglichen und behinderten Kindern eine optimale individuelle Förderung zukommen lassen will, sei allerdings nicht zum Nulltarif zu haben, auch nicht durch bloße Umschichtung sonderpädagogischen Personals.

Skandinavische Länder wie Norwegen machten deutlich, dass der gemeinsame Schulbesuch behinderter und nicht-behinderter Kinder zur gesellschaftlichen Realität gehörten und als Selbstverständlichkeit akzeptiert werden. Andere konkrete Beispiele auch aus der Bundesrepublik zeigten, dass eine inklusive Schule auch ohne Einschränkung der Leistungsfähigkeit sowohl behinderten als auch nicht behinderten Schülern zugute kommt.

In seinem Schlusswort bedankte sich der Moderator Thomas Weichert, Kreisvorsitzender des Paritätischen, bei Gerd Weimer und dem Publikum, das sich nicht nur aus Menschen mit Behinderungen, sondern Vertretern aus Politik, Lehrerschaft und gemeinnützigen Verbänden zusammensetzte. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die erfolgreiche Veranstaltung auch dazu beitragen kann, dass fachlich und politisch Verantwortliche in ihrer künftigen politischen und beruflichen Arbeit das Ziel einer inklusiven Schule nicht aus den Augen verlieren. Er wies in diesem Zusammenhang auf den Aktionsplan „Mannheim – auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“ des Behindertenforums hin. Hier wollen sich verschiedene Arbeitsgruppen demnächst mit der konkreten Umsetzung der im Aktionsplan formulierten Ziele befassen.

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde des Paritätischen,

derzeit wird der „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Stadt Mannheim“ vom Februar 2011 einem Controlling-Prozess unterzogen. Die an der Entstehung beteiligten Akteure treffen sich in Arbeitsgruppen entsprechend den Handlungsfeldern des Aktionsplans und prüfen, wie der Stand der Umsetzung ist.

Eine solche regelmäßige Berichterstattung war ja auch vom Gemeinderat beschlossen worden. Nun ist eine Sachstandsbeurteilung durch die Verwaltung und auch durch einen eher kleinen Kreis von Fachleuten die eine Sache.

Eine andere ist es, die Betroffenen selbst zu fragen und ihre Erfahrungen mit einzubeziehen. Im Entstehungs- und Monitoringprozess ist eine starke Beteiligung der Betroffenen vorgesehen. Ich möchte sie deshalb alle bitten und auffordern, den Aktionsplan wieder einmal in die Hand zu nehmen und mit Ihren Erfahrungen und Ihrem Wissen abzugleichen.

Lassen Sie uns oder dem Beauftragten für die Belange behinderter Menschen die Ergebnisse für die Arbeitsgruppenarbeit zukommen. Sie verhelfen so dem Aktionsplan zu noch mehr Dynamik.

Ihr Thomas Weichert.

Verbandliches und Sozialpolitisches

Beförderung für Schwerstgehinderte:

Informationsblatt zugesagt

In einem Schreiben an die Stadt hatte der Kreisvorstand des PARITÄTISCHEN im Februar des Jahres auf zahlreiche Mängel beim Beförderungsdienst für schwerstgehinderte Menschen in Mannheim aufmerksam gemacht und mehr Eindeutigkeit und Verbindlichkeit bei den Leistungen der Fahrdienstanbieter angemahnt.

Vorausgegangen war die Kritik von betroffenen Mobilitätsbehinderten in der AG Barrierefreiheit über Defizite beim Behindertentransport. Nun sendete die Stadt das positive Signal aus, das in vorausgegangen Gesprächen vereinbarte Merkblatt, in dem die Fahrleistungen und die Erreichbarkeit der Fuhrunternehmen dargestellt werden sollen, vorzulegen.

Der aktuellen Informationsvorlage V233_2012 kann man weiter entnehmen, dass aus den bis vor kurzem bestehenden vier Fahrdienst Anbietern nur mehr zwei geworden sind. Die Stadt hat die Verträge mit den Johannitern und dem Deutschen Roten Kreuz gekündigt. Die verbleibenden beiden Fahrdienste (GeBeP und Beförderungs- und Auftragsdienst Mannheim) sollen laut Stadt in der Lage sein, die zusätzlichen Fahrten zu kompensieren - im Jahr 2011 wurden von DRK und Johannitern zusammen 330 Fahrten durchgeführt.

Es bleibt abzuwarten, ob dies von den vorhandenen Anbietern in qualitativ ausreichendem Umfang gewährleistet werden kann. Die Betroffenen wünschen sich zukünftig u. a. kürzere Vorbestellungszeiten sowie Verbesserungen bei Spät-, Wochenend-, Feiertagsfahrten sowie bei der telefonischen Erreichbarkeit. Entsprechend des Nachteilsausgleichs sollen die Beförderungsdienste ihre Angebote zu den gleichen Zeiten zur Verfügung stellen wie dies im öffentlichen Nahverkehr der Fall ist.

Seit Einführung der Bedürftigkeitsprüfung beim Schwerstgehindertentransport in Mannheim im Januar 2002 ging die Zahl abgerechneter Fahrten um 70 Prozent zurück (von 28.238 auf 8.631 Fahrten in 2010). Gleichzeitig sparte die Stadt bei den Kosten knapp 300.000 € Wurden 2001 noch ca. 431.000 € ausgegeben, so waren es im Jahr 2010 nur noch ca. 143.000 €- ein Rückgang um 67 Prozent.

→ Die Informationsvorlage V233_2012 sowie die angesprochenen Informationen können bei der Redaktion von PARITÄT Lokal angefordert werden (siehe Impressum).

Dokumentation Mannheimer Frauenhaus e. V.:

„Gewalt gegen Frauen mit Behinderung“

Im Rahmen des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung führte das Mannheimer Frauenhaus e. V. in Kooperation mit der Hochschule Mannheim die Fachtagung „Gewalt gegen Frauen mit Behinderung“ durch. Hierzu liegt jetzt die Dokumentation der Fachtagung vor, die verdeutlicht, dass Frauen mit Behinderung in besonderem Maße Gewaltsituationen ausgesetzt sind.

Das bis vor kurzem weitgehend tabuisierte Thema wird unter verschiedenen fachlichen und praktischen Aspekten beleuchtet. In den Handlungsperspektiven am Schluss der Dokumentation werden wichtige Schritte für die zukünftige Arbeit zusammenfassend dargestellt: Stärkere Vernetzung mit allen Akteuren, weiterer Ausbau barrierefrei zugänglicher Beratungs- und Therapieangebote, Verbesserung des Personalschlüssels in den Einrichtungen und Sensibilisierung durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

Seit dem Umzug des Mannheimer Frauenhauses im Jahr 2001 wird in dem neuen Haus bereits eine barrierearme Wohnung vorgehalten, eine Mitarbeiterin beherrscht die Gebärdensprache, und auch für Frauen mit Hörbehinderung wird Sorge getragen. Zudem besteht die Möglichkeit, assistierte Hilfe in Anspruch nehmen zu können.

→ Die Dokumentation kann per E-Mail unter >frauenhaus-mannheim@t-online.de< oder postalisch angefordert werden: Mannheimer Frauenhaus e. V., Postfach 121348, 68064 Mannheim.

Behindertenforum Mannheim:

Termine der restlichen Arbeitsgruppen

Arbeitsgrundlage ist der „Aktionsplan* zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Stadt Mannheim“. Die dort definierten Ziele sollen konkretisiert und „umsetzungsreif“ gemacht werden.

Sämtliche nachfolgend aufgeführten Arbeitsgruppen finden jeweils von 16-18 Uhr statt in K 1, 7-13 (Raum 329 im 3. OG). AG 1 Bildung und Erziehung sowie AG 2 Arbeit und Rehabilitation wurden bereits durchgeführt, der ursprünglich für den 31.5. anberaumte AG-Wohnen-Termin wurde auf den 19. Juni verlegt.

AG 3: Ambulante und Stationäre Betreuung	Mi, 30. Mai
AG 5: Barrierefreiheit und Mobilität	Di, 5. Juni
AG 6: Freizeit und Kultur	Mo, 11. Juni
AG 4: Wohnen (verlegt auf)	Di, 19. Juni.

→ Interessierte sind zur Mitarbeit aufgerufen und können sich beim Behindertenbeauftragten Klaus Dollmann melden: Telefon (0621) 293-3490, E-Mail: >klaus.dollmann@mannheim.de<.

* Der Aktionsplan selbst kann als pdf-Datei auf Anforderung zugeschickt werden (Telefon 0621-3367499 oder info@paritaet-mannheim.de)

„Sozialticket“ kommt nur als Miniversion:

Verkehrsbetriebe kassieren Zuschuss der Stadt komplett

Noch im Dezember vergangenen Jahres hatte der Gemeinderat mit knapper Mehrheit beschlossen, ein „Sozialticket“ einzuführen. Aus dem Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt mit dem VRN die Einführung eines ‚Sozialtickets‘ sowohl in Gestalt von verbilligten Mehrfachkarten als auch in Gestalt eines möglichst nicht abonnementgebundenen Monatstickets zu verhandeln. Dafür werden 400.000 € jährlich eingestellt.“

Dieser Beschluss beinhaltete allerdings keine Option auf ein verbundweit geltendes Monatsticket, sondern man bezog sich räumlich auf das Stadtgebiet Mannheim. Allerdings kam er dem Grundsatz „zielgenauer Hilfen“ ziemlich nahe, denn daran partizipieren sollten auch kinderzuschlagsberechtigte Familien und Wohngeldberechtigte. Mithin also auch ein Teil jenes Personenkreises, den man als armutsgefährdet bezeichnet.

Wie immer steckte der Teufel im Detail. Denn die gleichzeitige Bindung an den zur Verfügung gestellten gedeckelten Zuschuss und die Haltung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) machten es faktisch von vornherein unmöglich, eine angemessene Mobilitätsteilnahme zu organisieren. Insbesondere ist es weiterhin nicht erklärlich, warum die Stadt mit der zur Verfügung gestellten Summe die Verkehrsbetriebe voll subventioniert und letztere keine nachvollziehbare transparente Berechnung der Finanzierung geltender ÖPNV-Tarife auf den Tisch legen. Und es ist nicht geklärt, warum eine aufkommensneutrale Einführung eines Sozialtickets in der Metropolregion nicht funktionieren sollte, wo es doch in anderen Städten wie Köln nachweislich der Fall ist.

Das Kommunalparlament hat am 3. Mai jetzt eine abgespeckte Variante mit ausschließlich ermäßigten Einzelfahrscheinen beschlossen (siehe weiter unten).

Aus sozialverbandlicher Sicht ist die jetzige Lösung zeitlich befristeter Ermäßigungen von Einzeltickets ein kleiner Schritt, insgesamt aber unbefriedigend. Auch in Heidelberg wird ein Monatsticket favorisiert, das den gesamten Verbundbereich und damit auch die Bereiche Freizeit und Kultur abdeckt. Die seit Jahren geführten Diskussionen über ein Metropolticket auch in gewerkschaftlichen Kreisen, die Forderung nach zielgenauen Hilfen bedürftiger Personengruppen, die Bekämpfung von Armut und das Recht auf Mobilität erfordern eine andere, gerechte Regelung. Die von Linken-Stadtrat Thomas Trüper als „Black Box“ bezeichnete Intransparenz im Tarifdschungel des VRN muss von den politisch Verantwortlichen aufgebrochen werden.

Vergünstigte Tickets:

Wer bekommt was?

Nach aktuellem Sachstand bastelt die Verwaltung weiterhin an einem Prozedere, wie und ab wann ermäßigte Einzelfahrscheine bezogen werden können.

Berechtigt sind: BezieherInnen von SGB II (Hartz IV), von Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Berechtigte können sich maximal zwei 5-er-Mehrfachkarten pro Monat bei einer Eigenbeteiligung von 1 Euro je Ticket leisten – 10 Einzelfahrscheine kosten also 10 Euro.

Nach vorliegenden Informationen muss die Berechtigung per Sozialpass nachgewiesen werden.

„Mit dem Rollstuhl barrierefrei unterwegs in Mannheim“ in 3. Auflage erschienen

Die Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit hat den hilfreichen Wegweiser „Mit dem Rollstuhl barrierefrei unterwegs in Mannheim“ in dritter Auflage mit Stand Mai 2012 vorgelegt. In der aktualisierten Auflage sind aufgrund von Rückmeldungen und eigener Recherche u. a. sechs neue Objekte eingearbeitet, bei denen es sich mehrheitlich um Gaststätten handelt.

Der Ratgeber enthält weiterhin nur Einrichtungen, die barrierefrei, also ohne fremde Hilfe und ohne Stufen, zugänglich sind (z. B. Übernachtungsmöglichkeiten, Öffentliche Behindertentoiletten und solche, die nur zu den Öffnungszeiten nutzbar sind, zugängliche Bürgerdienste nach Stadtteilen, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Veranstaltungs- und Tagungsmöglichkeiten).

Gaststätten sind nur aufgeführt, wenn sie über eine behindertengerechte Toilette verfügen. Daneben sind viele weitere nützliche Tipps sowie Kontaktadressen enthalten.

Auf der Homepage www.barrierefrei-mannheim.de wird der Wegweiser als Download zur Verfügung gestellt. Er kann in Einzelexemplaren in gedruckter Form telefonisch (0621-3367499) bestellt oder aber im Paritätischen Zentrum in der Alphornstr. 2a (Zi. 101) nach vorheriger telefonsicher Terminabsprache kostenlos abgeholt werden.

Für Rückmeldungen über noch nicht verzeichnete barrierefreie Einrichtungen oder sonstige Ergänzungswünsche sind die Herausgeber dankbar.

Grundsicherung im Alter

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter hat mit Stand Mai 2012 das Merkblatt „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII“ neu aufgelegt. Download unter www.bvkm.de, gedruckte Exemplare gegen Rechnung per Fax unter (0211) 6400420.

Selbsthilfegruppen: Empfang im Klinikum

Oberbürgermeister Dr. Kurz lädt zusammen mit Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb die Selbsthilfegruppen zum 3. „Mannheimer Selbsthilfeempfang“ mit Abendessen ein: Do, 05. Juli um 18:00 Uhr im Universitätsklinikum (Cafeteria Haus 40), Theodor-Kutzer-Ufer 1, 68167 Mannheim.

Anmeldung mit Angabe ob man schwer gehbehindert oder Rollstuhlfahrer ist erwünscht unter Telefon (0621) 293-2011/12/14 oder Fax unter (0621) 293-9400.

Sommerfest Freizeitschule

Die Freizeitschule Neckarau feiert am 29. Juni ab 15:30 Uhr ihr Sommerfest am Neckarauer Waldweg. Dort wird auch das neue Programmheft Herbst 2012/2013 druckfrisch vorliegen. Kurse und Angebote findet man weiterhin im Internet unter: www.freizeitschule.de

Büro Kreisverband über Pfingsten nicht besetzt

Wegen Urlaub ist das Büro des Paritätischen Kreisverbandes vom 29.5. bis 1.6. sowie am 6.6. und am 8.6. geschlossen.

TERMINE

(bis Ende Juli 2012)

Mi, 30.05. 16:00-18:00

„AG Ambulante/Stationäre Betreuung“ des Behindertenforums. Stadt FB Soziale Sicherung, K 1, 7-13 (Raum 329 im 3. OG)

Mo, 04.06. 18:30 Uhr

Plenum AG Barrierefreiheit. Paritätisches Zentrum, Alphornstr. 2a, 68169 Mannheim

Di, 05.06. 16:00-18:00

„AG Barrierefreiheit/Mobilität“ des Behindertenforums. Stadt FB Soziale Sicherung, K 1, 7-13 (Raum 329 im 3. OG)

Sa, 09.06. 10:00-17:00

Tagesseminar „**Angehörige – nicht krank und doch betroffen**“. Gesundheitstreffpunkt, Alphornstr. 2a, 68169 Mannheim, Anmeldung unter Tel. 3391818

Mo, 11.06. 16:00-18:00

„**AG Freizeit und Kultur**“ des Behindertenforums. Stadt FB Soziale Sicherung, K 1, 7-13 (Raum 329 im 3. OG)

Di, 12.06. 16:00

Ausschuss **Konversion/Hauptausschuss**. Stadthaus

Sa, 16.06. 14:00-16:00

„**Inklusion an Schulen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit**“. Veranstaltung der SPD-Gemeinderatsfraktion. Stadthaus (Ratssaal)

Sa, 16.06.

Stempelparkfest Käfertal. Mannheimer Straße

Mi, 20.06. 16:00

Jugendhilfeausschuss. Stadthaus

Di, 26.06. 16:00

Gemeinderat. Stadthaus

Sa, 30.06. 10:00-13:00

Plattform „**Gemeinschaftliches Wohnen**“

Mo, 02.07. 18:30

Plenum AG Barrierefreiheit. Paritätisches Zentrum, Alphornstr. 2a, 68169 Mannheim

Do, 05.07. 16:00

Ausschuss Arbeit-Wirtschaft-Soziales. Stadthaus N 1

Sa, 07.07. 13:00-21:00

Stadtteilstadt Jungbusch. Freizeitgelände Werftstraße

Di, 10.07. 16:00

Ausschuss für Umwelt und Technik. Stadthaus

Mi, 11.07. 16:00

Jugendhilfeausschuss. Stadthaus

Mo, 16.07. 20:00

Bezirksbeirat Neckarstadt-West

Di, 17.07. 16:00

Ausschuss Konversion/Hauptausschuss. Stadthaus

Di, 17.07. 16:00

Gemeinderat. Stadthaus N 1

IMPRESSUM

PARITÄTISCHER Kreisverband Mannheim

Tel. (0621) 336749-9

Fax (0621) 336749-7

info@paritaet-mannheim.de

Redaktionsschluss: Freitag, 20. Juli 2012